



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

STADTBEWEGUNGEN

- | | |
|--|----|
| ■ ANALYSE | |
| Stadtbewegungen in Polen | 2 |
| Gabriele Lesser, Warschau | |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT | |
| Umfragen zur zivilgesellschaftlichen Einflussnahme | 6 |
| Strukturdaten von Stadt und Land im Vergleich | 11 |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| 17. Februar 2015 – 2. März 2015 | 14 |
| <hr/> | |
| ■ LESEHINWEIS | |
| Jahrbuch Polen 2015 Umwelt | 15 |

Stadtbewegungen in Polen

Gabriele Lesser, Warschau

Zusammenfassung

Auch in Polen ändern sich die Vorstellungen von lebenswertem Leben in der Stadt von Generation zu Generation. Immer öfter finden Warschauer, Posener und Bürger anderer größerer Städte, dass sie selbst aktiv werden sollten, wenn es um die Verbesserung der Lebensqualität am Wohnort geht. Bürgerinitiativen fordern von den Stadtverwaltungen konkrete politische Schritte, um die Belange der Einwohner umzusetzen. Eine landesweite, übergreifende Interessenvertretung finden die Einzelinitiativen in der »Allianz der Stadtbewegungen« (*Porozumienie Ruchów Miejskich*).

gut gelaunt schüttelt Jacek Wójcicki die Hände seiner Wähler und Wählerinnen, gibt dem Lokalfernsehen noch schnell ein Interview und stürmt die Treppen des Rathauses hinauf. Müdigkeit nach der langen Wahnacht ist ihm nicht anzusehen. Ganz im Gegenteil. Der 33-jährige Ökonom, bislang Bürgermeister einer Dorfgemeinde, strotzt nur so vor Energie. Zwar galt Wójcicki bei den polnischen Kommunalwahlen im Herbst 2014 als einer der großen Favoriten im westpolnischen Landsberg an der Warthe (Gorzów Wielkopolski), doch rechnete niemand damit, dass der Kandidat der Bürgerinitiative »Menschen für die Stadt« schon im ersten Wahlgang über 60 Prozent aller Stimmen holen könnte. »Gorzów Wielkopolski – Die neue Hauptstadt der Stadtbewegungen!« feierten ihn daraufhin die »Partisanen« im Lande, wie sich die Aktiven selbst gern bezeichnen.

Ein Radfahrer in Posen

»Ein Radfahrer wird Posen regieren«, titelte Polens größte seriöse Tageszeitung GAZETA WYBORCZA nach den Stichwahlen zwei Wochen später. Ein Radfahrer in der Autostadt Posen! Jacek Jaśkowiak, der neue Stadtpräsident von Posen (Poznań), hatte sich zwar 2014 von der liberalkonservativen Regierungspartei Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) aufstellen lassen, doch bekannt geworden war er durch sein langjähriges Engagement für die Bürgerinitiative »Wir Posener« (*My-Poznaniacy*). 2010 kandidierte er zum ersten Mal gegen den amtierenden Stadtpräsidenten Ryszard Grobelny, damals noch ohne Erfolg. Nun soll eine der ersten Amtshandlungen des »Radfahrers« Signalcharakter haben: Der große Parkplatz vor dem Rathaus soll einer Fußgängerzone weichen – mit Cafés, ein paar Bäumen und Straßenmusik. Jaśkowiak will den Posenern das Stadtzentrum zurückgeben. Statt neuer Schnellstraßen, noch mehr Autos, Lärm und Gestank soll es Fahrradwege geben, Fußgängerzonen und viel Kunst und Kultur. »Mehr Lebensqualität in der Stadt« ist auch seit Jahren das Motto der Bürgerinitiative »Wir Posener«.

In Posen nahm alles seinen Anfang

Der Erfolg in Posen ist für die Stadtbewegungen besonders wichtig, da hier vor knapp zehn Jahren alles seinen Anfang nahm. Damals hatte die Stadtverwaltung den Bürgern vollmundig versprochen, das Brachland am Rand der Hochhaussiedlung Rataje in einen Park zu verwandeln. Plötzlich war jedoch keine Rede mehr davon. Stattdessen sollten dort weitere Wohnblocks hochgezogen werden. Statt nun jede Hoffnung auf ein bisschen Grün in der Betonwüste aufzugeben, protestierten die Menschen lautstark, gingen auf die Straße und forderten die Einhaltung des Versprechens. Um politisch schlagkräftiger zu sein, bildete sich eine ungewöhnliche Koalition heraus: Nachbarn der Rataje-Siedlung, Umweltschützer, Linke, katholische Gemeindemitglieder, Wissenschaftler und ehemalige Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Der so entstandene Verein »Wir Posener« gewann dieses erste Scharmützel mit der Stadt. Die Blocks wurden nicht gebaut.

»Die Städter haben ein Recht auf ihre Stadt«

Im Jahr 2011 lud die Bürgerinitiative »Wir Posener« zum ersten großen Kongress der Stadtbewegungen nach Posen ein. Neun Stadtinitiativen schlossen sich der neu gegründeten Allianz an. Ihr Motto »Die Städter haben ein unverzichtbares Recht auf ihre Stadt« oder – als Kurzformel – »Die Stadt gehört uns« verbindet seither alle Stadtbewegungen Polens. Erst verhalten, dann immer lauter und selbstbewusster fordern sie seither von den Stadtverwaltungen eine ganz konkrete Politik ein: mehr Fahrradwege und mehr Grün in der Stadt, weniger Lärm und Staub, Absenkung der Bürgersteige für Rollstuhlfahrer und Eltern mit Kinderwagen, Schutz des ursprünglichen Weichselufers in Warschau, Widerstand gegen die geplante Winter-Olympiade in Krakau (Kraków) und – fast überall – Kampf gegen die Verschandelung der Stadlandschaft mit hässlicher Reklame und überflüssigen Lärmschutzwänden. »Die Leute haben es einfach satt, die immer gleichen Politiker zu sehen und die immer gleichen Diskurse zu führen«, erklärt Kacper Pobłocki das Aufkommen der Stadtbewegungen in fast ganz Polen.

Die Allianz der Stadtbewegungen

Pobłocki, Wissenschaftler an der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen, ist heute Chef und Koordinator der rasch wachsenden – »Allianz der Stadtbewegungen« (*Porozumienie Ruchów Miejskich*). Bis Dezember 2014 hatten sich dieser Allianz elf Bürgerinitiativen angeschlossen, darunter »Warschau gehört uns« (*Miasto Jest Nasze*) in Polens Hauptstadt, »Zeit der Städter« (*Czas Mieszkańców*) im zentralpolnischen Thorn (Toruń), »Gemeinsam für Oppeln« (*Razem dla Opola*) in Oberschlesien und »Recht auf die Stadt« (*Prawo do miasta*) in Posen. Neben den elf Initiativen in der Allianz gibt es noch weitaus mehr Stadtbewegungen in Polen. Sie haben sich bisher noch keiner Dachorganisation zugeordnet. Wie viele es insgesamt sind, ist schwer zu schätzen, zumal die Anzahl auch von der Definition abhängt. Rechnet man nur diejenigen Stadtbewegungen, deren Ziel auch der Einzug in den Gemeinderat oder Stadtrat ist, dürfte die Zahl bei einigen Dutzend liegen. Nimmt man hingegen auch diejenigen hinzu, deren Mitglieder sich für ihre Gemeinde, ihren Stadtteil oder die ganze Stadt einsetzen, dürfte die Zahl bei einigen Zehntausend liegen.

»In den letzten 25 Jahren hat sich in unseren Städten nicht allzu viel geändert«, kritisiert Pobłocki den seiner Ansicht nach zu langsamen Wandel. »Die Zeit der Langzeit-Bürgermeister ist vorbei.« Seine Allianz unterstützte bei den Kommunalwahlen 2014 rund 1.000 Kandidaten in elf Städten. Nach den Stichwahlen für die Bürgermeister und Stadtpräsidenten fällt die Bilanz zwar nicht eben überragend aus. Dennoch kann die Allianz der Stadtbewegungen zufrieden sein. Zum ersten Mal hat sie politisch deutlich Flagge gezeigt und ein Potential erkennen lassen, das sich in Zukunft ausbauen lässt. Schon heute sind die wahren Sieger bei den Kommunalwahlen nicht die Vertreter der etablierten Parteien im polnischen Parlament, sondern die sogenannten unabhängigen Kandidaten. Sie haben das Gros der Stimmen geholt.

Erfolge und Niederlagen

Außer Landsberg und Posen, dessen neuer Stadtpräsident aber über das Ticket der *Bürgerplattform* ins Rathaus einzog, konnten die Stadtbewegungen noch einen Überraschungssieg in Stolp (Słupsk) an der Ostsee und in Wadowice, dem Geburtsort von Papst Johannes Paul II., feiern. In Stolp gewann Robert Biedroń, der erste offen schwule Abgeordnete im polnischen Parlament, die Stichwahl gegen den bisherigen Stadtpräsidenten. In Wadowice gaben die Wähler dem linksliberalen Intellektuellen Mateusz Klinowski ihre Stimme, einem Mann, der sich selbst als Atheist bezeichnet, offen für die Legalisierung von »weichen Drogen« eintritt und seine

politische Heimat in der Stadtbewegung »Freies Wadowice« hat. Leicht wird er es als Bürgermeister von Wadowice allerdings nicht haben, denn auf Unterstützung aus dem Stadtrat kann er kaum hoffen. Kein einziger seiner Mitstreiter hat ein Mandat errungen. Die Mehrheit im Stadtrat stellen vielmehr Mitglieder der rechtsnationalen *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*.

Auch in Warschau verkündet die Stadtbewegung »Warschau gehört uns« einen Sieg, obwohl sie nur in drei von insgesamt 18 Stadtteil-Rathäusern einzieht: Praga-Nord, Żoliborz und – mit vier Stadträten – ins prestigeträchtige Rathaus des Stadtteils Zentrum (Śródmieście). Dort sind sie nun bis 2018 das Zünglein an der Waage, denn außer ihnen gibt es nur noch elf Räte von der *Bürgerplattform* und zehn von *Recht und Gerechtigkeit*. Die Gefahr, die mit dieser neuen »Macht« verbunden ist, ist noch nicht allen »Partisanen« bewusst, wird aber schon hier und da angesprochen: Für jeden Misserfolg, jede falsche Entscheidung, jede Verschwendung öffentlicher Gelder werden in Zukunft auch sie verantwortlich sein.

Auch in den meisten anderen Stadtteil-Rathäusern Warschaus sitzen ab 2014 Vertreter von Stadtbewegungen, die allerdings (noch) keinem Trägerverein wie der Allianz angehören. So etwa die »Nachbarn für Wesola« (*Sąsiedzi dla Wesolej*), die »Bürger-Initiative von Białoleka« (*Inicjatywa Mieszkańców Białoleki*), »Gemeinsam für Ursus« (*Razem dla Ursusa*), der »Bürgerverein des Städtchens Wilanów« (*Stowarzyszenie Mieszkańców Miasteczka Wilanów*) und andere. Eine herbe Schlappe musste allerdings die Bürgerinitiative »Soziales Warschau« hinnehmen, die in allen 18 Stadtteilen Warschaus Kandidaten aufstellte, aber keinen einzigen Sitz erringen konnte. »Wir haben fast keinen Wahlkampf gemacht«, erläutert der Vorsitzende Maciej Łapski das enttäuschende Ergebnis. »Das war ein Fehler. In vier Jahren werden wir besser aufgestellt sein.« Auch Joanna Erbel, die Gallionsfigur der Warschauer Stadtbewegungen und grüne Kandidatin für das Stadtpräsidentenamt, musste sich mit weniger als fünf Prozent der Stimmen zufrieden geben.

»Städte und Menschen«

Schon 2013 startete Polens führendes politisches Wochenmagazin *POLITYKA* ein ungewöhnliches publizistisches Projekt. Ein Jahr lang stellten Journalisten und Experten Monat für Monat eine andere polnische Metropole vor. Sie sprachen mit den Bewohnern, sahen sich Kultur, Politik und Wirtschaft an, beschrieben Vorzüge und Probleme der jeweiligen Stadt. Zu Wort kamen immer auch die »Partisanen« der Stadtbewegungen. Das Kompendium »Städte und Menschen«, das rechtzeitig zu den Wahlen erschien, gilt schon heute als neue »Bibel«

der Kommunalpolitiker, zeigt es doch neben dem aktuellen Soll und Haben jeder Metropole auch Lebensstandard, Architektur und Urbanistik in groß angelegten Übersichten auf.

Keine Stadt ist wie die andere. Jede hat ihre ganz eigenen Vorzüge, Probleme und politischen Konflikte. Entscheidend ist nicht nur die geografische Lage – mitten im Land, an der Ostsee, nahe der Tatra, an der Ost-, West- oder Südgrenze Polens –, sondern auch die soziale Zusammensetzung der Einwohner: Männer und Frauen, Junge und Alte, Einheimische und Zugereiste, Arme und Reiche, Intelligenz, Arbeiter und Bauern. Was alle Bürger gleichermaßen empört, ist die Arroganz der Macht. Dass politisch zunächst uninteressierte Menschen plötzlich auf die Straße gehen und sich dann auch längerfristig engagieren, hat meist mit prestigeträchtigen Großprojekten zu tun, die technisch und – dank der EU-Zuschüsse – auch finanziell umsetzbar sind, aber am Bürgerwohl völlig vorbeigehen: Straßen durch Naturschutzgebiete, ein neuer Regionalflughafen statt des Ausbaus der Bahnverbindungen, ein gigantischer Aquapark im Stadtzentrum statt kleiner Stadtteil-Schwimmbäder, überdimensionierte Sportstadien, Philharmonien und Museen. Nicht alle Stadtbewegungen sind über einen Kamm zu scheren. Ihr Erfolg oder Nichterfolg hängt auch davon ab, wie sehr Bürgermeister und Stadtpräsidenten das Potenzial für die eigene Politik erkennen. Drei ausgewählte Beispiele, Warschau, Krakau und Białystok, zeigen dies.

Warschau

Seit Jahrzehnten versuchen Einzelpersonen wie Bürgerinitiativen die im Zweiten Weltkrieg zerstörte Innenstadt Warschaus wieder in ein lebendiges Stadtzentrum zu verwandeln. Obwohl die Altstadt kurz nach dem Krieg wiederaufgebaut wurde, blieb sie lange nur ein Touristenmagnet. Dies änderte sich erst mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union. Plötzlich gab es Zuschüsse für die Revitalisierung der Städte. Seither hat sich vieles in Warschau zum Besseren gewandelt. Doch die großen Plätze sind bis heute entweder leer und unwirtlich wie der Piłsudski-Platz vor dem Denkmal des Unbekannten Soldaten, oder sie dienen als riesige Parkplätze wie der Plac Defilad vor dem Kulturpalast, der Theaterplatz vor der National-Oper oder der Bankplatz vor dem Rathaus. Hin und wieder locken sie die junge Szene an, Studenten, Künstler, Intellektuelle, die aber ebenso rasch, wie sie gekommen ist, auch wieder weiterzieht, wenn woanders ein paar neue In-Kneipen aufmachen. Einer der Aktiven, der mit spektakulären Weichsel-Aktionen schon früh auf sich aufmerksam machte, ist Przemysław Pasek. Seine Stiftung »Ich, die Weichsel« (*Ja, Wisła*) protestierte immer wie-

der gegen die größte Kloake im Lande, zu der die Politiker die »Königin der Flüsse« in Polen degradiert hatten. Dank großzügiger EU-Mittel entstanden entlang der Weichsel und auch direkt in Warschau große Klärwerke, sodass das Flusswasser vielleicht noch nicht unbedingt zum Baden einlädt, aber doch inzwischen wieder Fische darin leben. Pasek war es auch, der den Warschauern klar machte, dass andernorts Stadt und Fluss in guter Symbiose leben und die Menschen ihren Fluss keineswegs als Feind betrachten. Es dauerte zwei Jahrzehnte, bis die ersten Kilometer Radweg auf der rechten Weichselseite (Warschau-Praga) gebaut und die ersten Strandbars eröffnet wurden. Während unterhalb der Altstadt der Czerniakowski-Hafen bereits modernisiert wurde, wartet das riesige Terrain des Pragaer Hafens noch auf seine Revitalisierung. Bei den Kommunalwahlen 2014 kandidierte Premysław Pasek auf einer der Listen der Stadtbewegungen, allerdings ohne Erfolg. Er will sich nun auf die Schaffung eines Weichsel-Museums konzentrieren.

Krakau

Ausgerechnet eine Winterolympiade wollte die südpolnische Stadt Krakau im Jahr 2022 ausrichten. Dabei ist die Luft Krakaus im Winter zum Schneiden dick. Früher war es die Lenin-Hütte in Nowa Huta, deren gelbe Schwefelschwaden über Krakau lasteten und das Atmen erschwerten. Heute sind es der Hausbrand in den Kohleöfen und die Auspuffabgase, die regelmäßig für Smogwarnung in Krakau sorgen. Noch immer heizt ein großer Teil der Krakauer mit Kohle, Koks, Holz und billigem Kohlegranulat. Viele stecken alles in den Ofen, was irgendwie brennt: Haushaltsabfälle, Lumpen, alte Möbel, leere Plastikflaschen. Seit 2012 warnt die Bürgerinitiative »Krakauer Smogalarm« (*Krakowski Alarm Smogowy*) immer wieder vor den krebserregenden Staubpartikeln, die die Krakauer mit jedem Atemzug im Winter in ihre Lungen pumpen. Nach Bulgarien ist Polen dasjenige Land in der EU, das die höchste Schadstoffdichte in der Luft aufweist. Allein unter den ersten zehn von insgesamt 365 untersuchten EU-Städten sind sechs polnische mit extremer Luftverschmutzung: Krakau und Nowy Sącz in Südpolen sowie Gleiwitz (Gliwice), Zabrze, Sosnowiec und Kattowitz (Katowice) im ober-schlesischen Kohlerevier. Anders als viele denken, sind nicht die Kohlekraftwerke die größten Dreckschleudern, sondern die Millionen Kohleöfen, in denen billiges Brennmaterial wie Kohlestaub oder -granulat aus Kohleschlamm verbrannt wird.

Als Polen 2004 der EU beitrug, warf es die bisher verbindlichen Qualitätsnormen für Kohle in den Müll. Das Problem: Die in der EU verbindlichen Richtlinien liegen bis heute in den Schubladen der Warschauer Regie-

ung und wurden nie in polnisches Recht umgesetzt. Auf Drängen der Initiative »Krakauer Smogalarm« verabschiedete dann aber das Parlament der Woiwodschaft Kleinpolen 2013 ein Gesetz, das in Krakau und den umliegenden Orten Kohleöfen und das Verbrennen von Kohlegranulat und Müll in Hausöfen verbot. Die alten Öfen sollten durch Gasheizungen oder den Anschluss an die Fernheizung ersetzt werden. Jeder konnte einen finanziellen Zuschuss für die Umrüstung beantragen.

Kurz darauf erklärte allerdings das Woiwodschafts-Verwaltungsgericht in Krakau das Gesetz für ungültig, da die Themen Heizmaterial und Luftreinheit die Kompetenzen des Regionalparlaments überstiegen – dies müsse Warschau entscheiden. Jetzt liegt die Streitfrage allerdings erst einmal vor dem Obersten Verwaltungsgericht. Die Bürgerinitiative »Krakauer Smogalarm« hält das Urteil für falsch, da es dem Regionalparlament das Recht abspricht, in dieser ganz besonders luftverschmutzten Region etwas für die Luftreinheit und damit die Gesundheit der Menschen in genau dieser Region zu tun. Und in einem Referendum entschieden sich die Krakauer gegen die Ausrichtung der Winterolympiade 2022. Das Geld soll für wichtigere Zwecke ausgegeben werden.

Białystok

Den unrühmlichen Ruf der »Hauptstadt des Rassismus in Polen« wieder loszuwerden ist sehr viel schwieriger, als sich dies die Lokalpolitiker von Białystok in Nordostpolen vorgestellt hatten. Das erste Antirassismus-Programm Polens »Białystok für Toleranz« macht sich zwar auf dem Papier ganz gut, doch hat sich seit dessen Einführung Ende 2013 kaum etwas zum Besseren gewandelt. Nach wie vor kommt es zu Ausschreitungen gegenüber Ausländern und wird antisemitische Hetze an Hauswände und Trafostationen geschmiert. Auch die Tataren, die seit dem Mittelalter in dieser Region leben, müssen immer wieder Hakenkreuze und »Polen den Polen«-Parolen übermalen oder gar – wie im Sommer 2014 – »Schweine-Graffiti« von der denkmalgeschützten Holz-Moschee im Tatarendorf Kruszyniany bei Białystok entfernen.

Bürgerinitiativen wie das »Normale Białystok« (*Normalny Białystok*) oder das Theater »Trzy Rzecz« versuchen, dem Alltagsrassismus in der Stadt etwas Positives entgegenzusetzen. Während Journalisten, Lehrerinnen, Künstlerinnen und Schauspieler der »Normalos« Happenings in der Stadt veranstalten, große Multikulti-Graffiti an Hauswände malen, in Schulen spezielle Antidiskriminierungs-Trainings durchführen, zeigt Rafał Gawel vom Theater »Trzy Rzecz« konsequent jede rassistische Straftat an. Zum internationalen Skandal kam es, als Dawid Roszkowski, einer der Staatsanwälte in Białystok-

Nord, behauptete, dass das Hakenkreuz in Wirklichkeit ein in Asien weitverbreitetes Glückssymbol sei und es daher keinen Grund gebe, ein Strafverfahren wegen Hakenkreuz-Schmierereien zu eröffnen. Als der Theaterdirektor dies publik machte, empörten sich zunächst Generalstaatsanwalt Andrzej Seremet und Innenminister Bartłomiej Sienkiewicz in Warschau. Doch das Disziplinarverfahren gegen den Staatsanwalt verlief im Sande. Nun hat der Theaterdirektor selbst ein Verfahren am Hals – angestrengt von eben jener Staatsanwaltschaft, die in den Hakenkreuz-Schmierereien in Białystok »Glückssymbole« erkennen wollte.

Anfang 2014 gründete Gawel mit finanzieller Unterstützung der US-amerikanischen Regierung das »Monitoring-Zentrum rassistischen und xenophoben Verhaltens« in Białystok. Zusammen mit Gleichgesinnten durchforstete er das polnische Internet und fand Aufrufe wie »Für die Jagd auf Roma gibt es immer ein Bierchen«, »Białystok ist eine so große und attraktive Stadt, dass die Nigger ihre ganze Sippschaft nachziehen« oder »Das goldene Prinzip heißt: Nur ein toter Muslim ist ein guter Muslim«. Wieder stellte Gawel Dutzende Strafanträge. Doch während die Staatsanwaltschaft Białystok-Süd daraufhin tatsächlich zu ermitteln begann, knöpfte sich – wie die Lokalausgabe der *GAZETA WYBORCZA* berichtete – die Staatsanwaltschaft Białystok-Nord den umtriebigen Theatermann selbst vor. Auf deren Veranlassung hin ließ die Stadtverwaltung von Białystok das Theater und dessen Finanzen genauer kontrollieren und forderte einen finanziellen Zuschuss zurück. Ein neuer Zuschuss wurde dem Theater, das neben Alltagsrassismus auch Themen wie Homophobie oder Kindesmissbrauch aufgreift, nicht mehr bewilligt. Ob die Stadtbewegung »Normales Białystok«, deren größtes Multikulti-Graffiti inzwischen von Unbekannten zerstört wurde, und das Theater »Trzy Rzecz« in Białystok noch eine Zukunft haben, weiß niemand.

Auch die Stadtteil-Bürgerinitiative »Unser Bojary« (*Nasze Bojary*), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die denkmalgeschützten Holzhäuser in Białystok zu retten, muss immer wieder Niederlagen einstecken. So wurde Ende 2014 eine repräsentative Holzvilla aus dem 19. Jahrhundert abgerissen. Obwohl der Eigentümer keine Abrissgenehmigung der Denkmalschutzbehörde hatte, scheint er mit keiner größeren Strafe rechnen zu müssen. Lokale Medien berichten über ein drohendes Bußgeld in Höhe von gerade einmal 125 Euro.

Stadtbewegungen und Bürgerbudgets

In Polen wie auch in anderen Ländern ändert sich die Idee vom Leben in der Stadt. Immer öfter finden Warschauer, Posener und Einwohner anderer Städte, dass sie selbst »zuständig« sind, wenn Politiker und Beamte

über Stadtautobahnen, Fahrradwege, Lärmschutzwände, Grünanlagen oder städtische Kultur entscheiden. Sie wollen zumindest gefragt werden, besser noch direkt in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Das Ostseebad Zoppot (Sopot) war die erste polnische Stadt, die 2011 ein sogenanntes »Bürgerbudget« verabschiedete. Das Beispiel machte bald Schule. In fast allen Städten gibt es heute ein sogenanntes »Bürgerbudget«,

mit dem diejenigen Projekte finanziert werden, die von den meisten Leuten unterstützt werden.

Das große Potential der Stadtbewegungen haben indes noch nicht alle Bürgermeister und Stadtpräsidenten erkannt. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt jedoch, dass der Erfolg sich auch nach anfänglichen Niederlagen irgendwann einstellt, ganz nach dem Motto: Gut Ding will Weile haben.

Über die Autorin

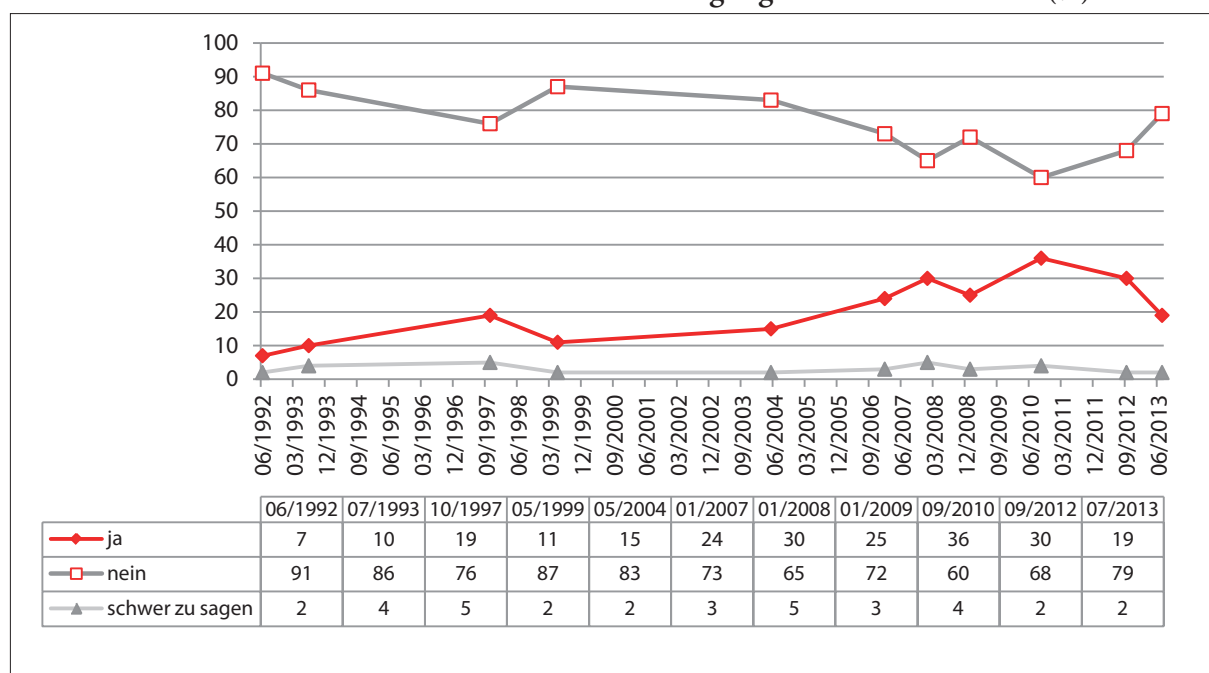
Gabriele Lesser, Historikerin und Journalistin, lebt in Berlin und Warschau. Seit 1995 ist sie ständige Polen-Korrespondentin der TAZ sowie weiterer Tages- und Wochenzeitungen. Als Autorin beschäftigt sie sich mit der polnischen Geschichte und Gegenwart, mit Kultur und Wirtschaft, insbesondere auch mit den polnisch-deutschen und polnisch-jüdischen Beziehungen.

Erstabdruck: Gabriele Lesser: Grüne Stadtbewegungen in Polen, in: Jahrbuch Polen 2015. Band 26/Umwelt, hrsg. v. Deutschen Polen-Institut Darmstadt, Wiesbaden 2015, S. 97–105, geringfügig überarbeitet

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

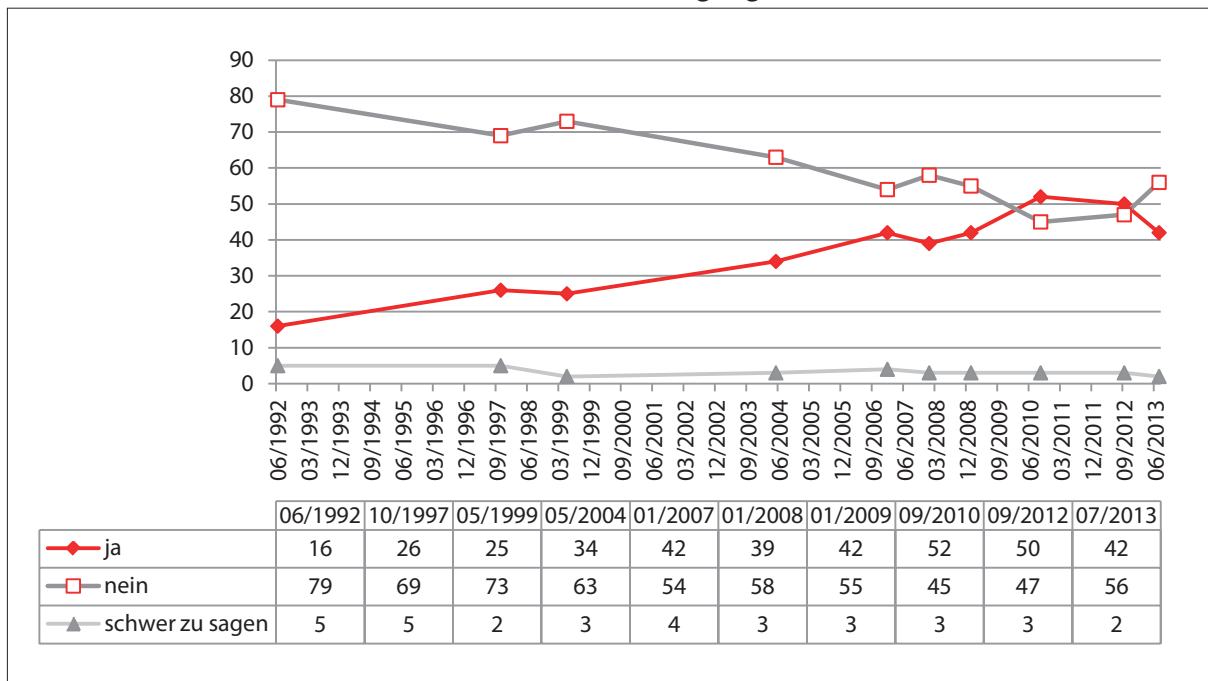
Umfragen zur zivilgesellschaftlichen Einflussnahme

Grafik 1: Haben Menschen wie Sie Einfluss auf die Angelegenheiten des Landes? (%)



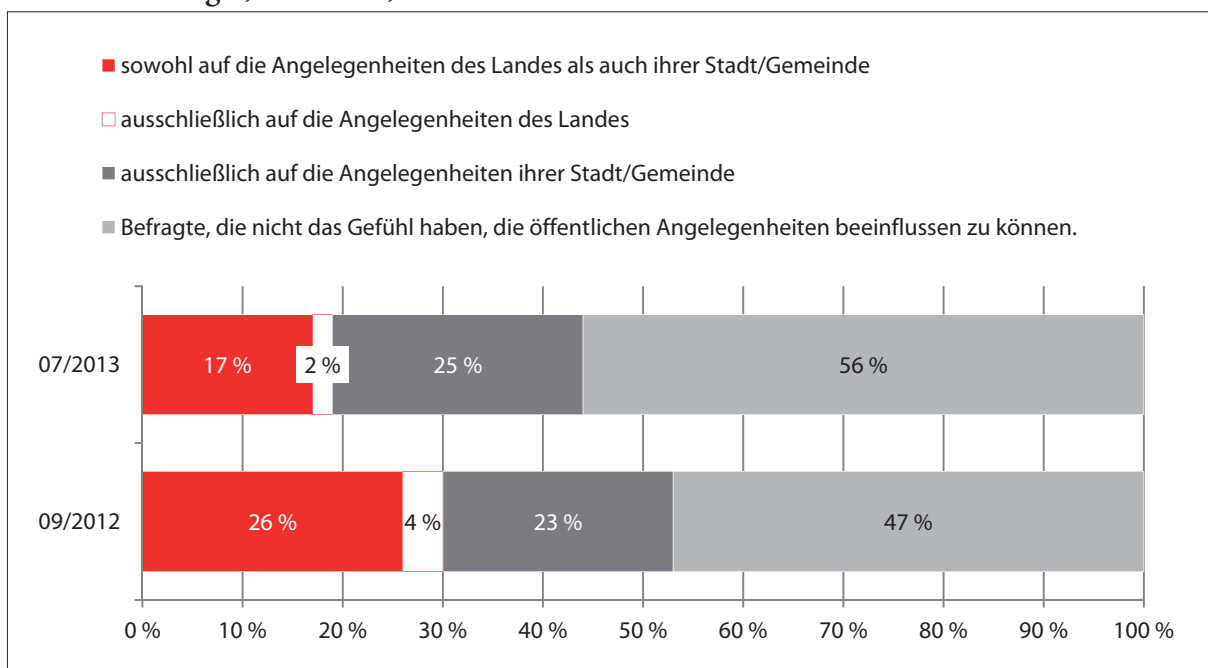
Quelle: CBOS BS/121/2013: Poczucie wpływu na sprawy publiczne [Das Gefühl von Einflussnahme auf öffentliche Angelegenheiten]. Warszawa 09/2013. <www.cbos.pl>

Grafik 2: Haben Menschen wie Sie Einfluss auf die Angelegenheiten ihrer Stadt, Gemeinde? (%)



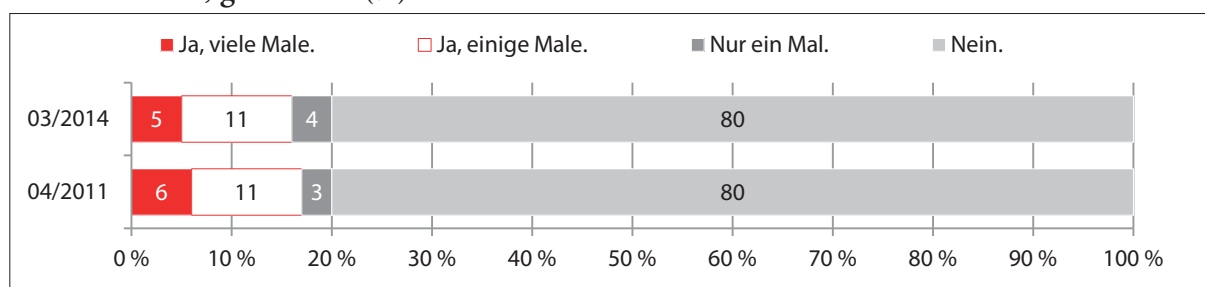
Quelle: CBOS BS/121/2013: Poczucie wpływu na sprawy publiczne [Das Gefühl von Einflussnahme auf öffentliche Angelegenheiten]. Warszawa 09/2013. <www.cbos.pl>

Grafik 3: Befragte, die finden, dass sie Einfluss haben ...



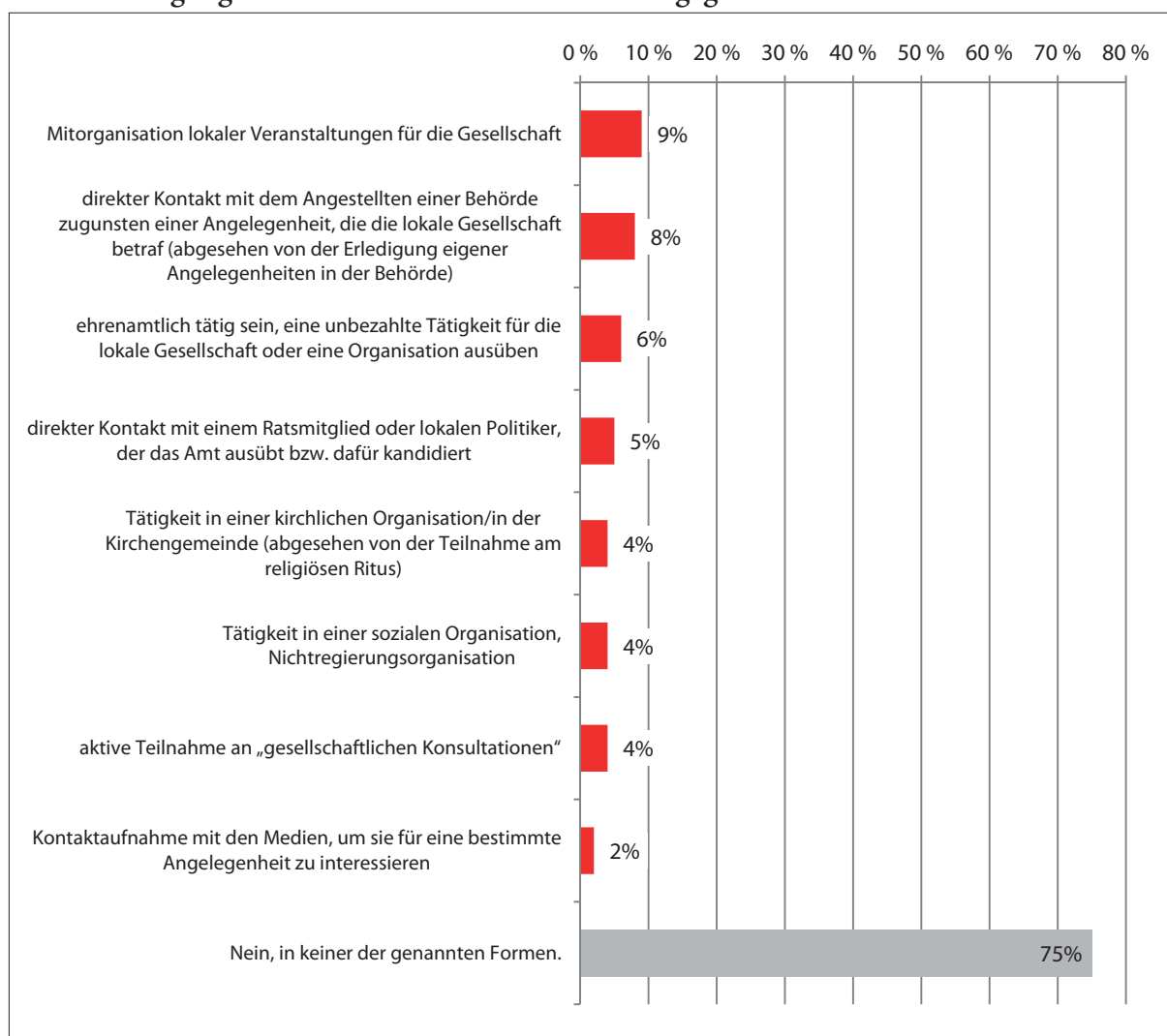
Quelle: CBOS BS/121/2013: Poczucie wpływu na sprawy publiczne [Das Gefühl von Einflussnahme auf öffentliche Angelegenheiten]. Warszawa 09/2013. <www.cbos.pl>

Grafik 4: Haben Sie in den letzten zwölf Monaten Ihre Freizeit ehrenamtlicher und unbezahlter Hilfe/Arbeit zugunsten der Gesellschaft, Umwelt oder des Ortes, wo Sie leben, gewidmet? (%)



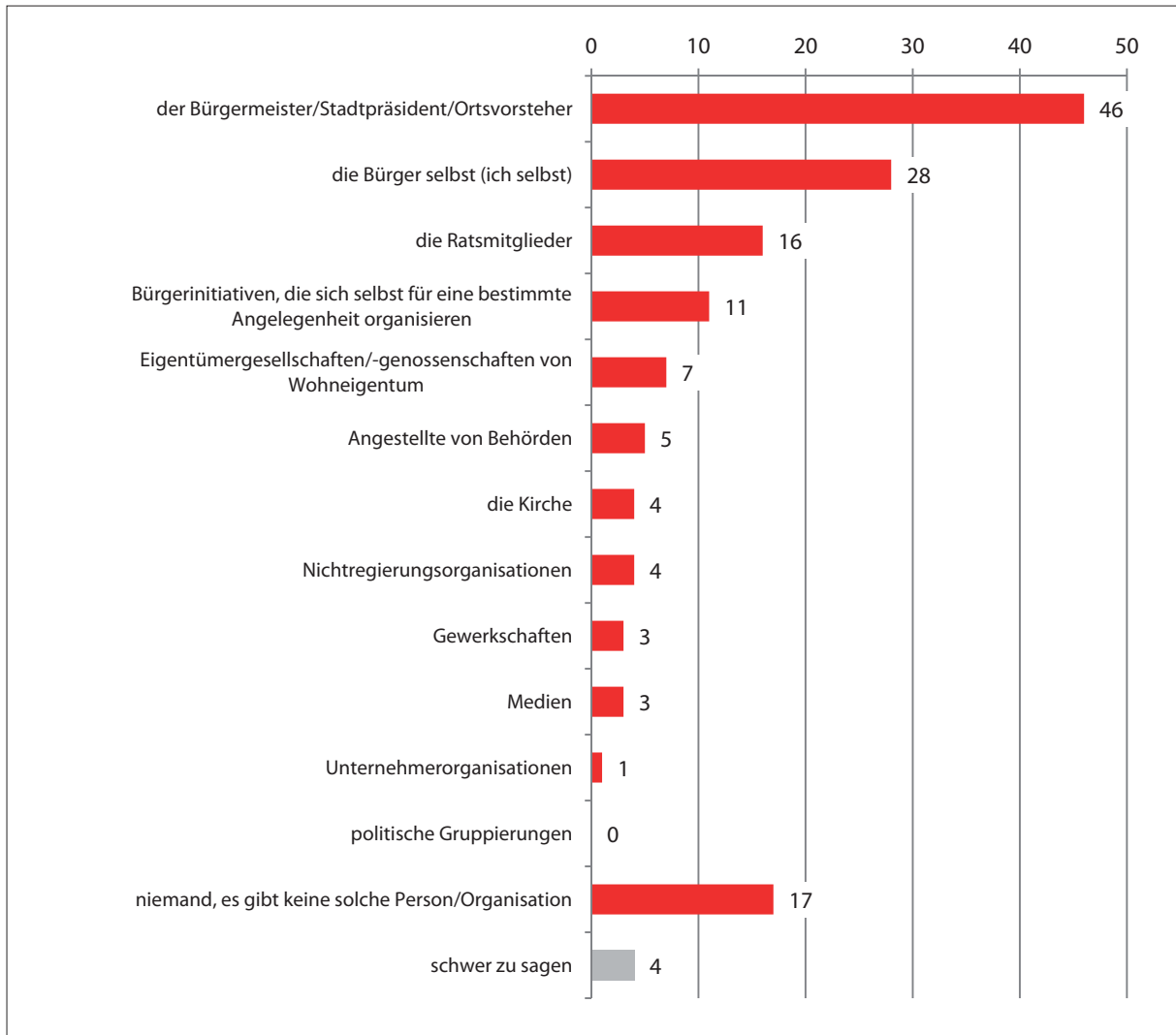
Quelle: CBOS Nr 60/2014: Aktywność społeczna Polaków [Die gesellschaftliche Aktivität der Polen]. Warszawa 05/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 5: Haben Sie sich in der letzten Zeit persönlich in einer der aufgeführten Formen für die Anliegen der lokalen Gesellschaft engagiert?



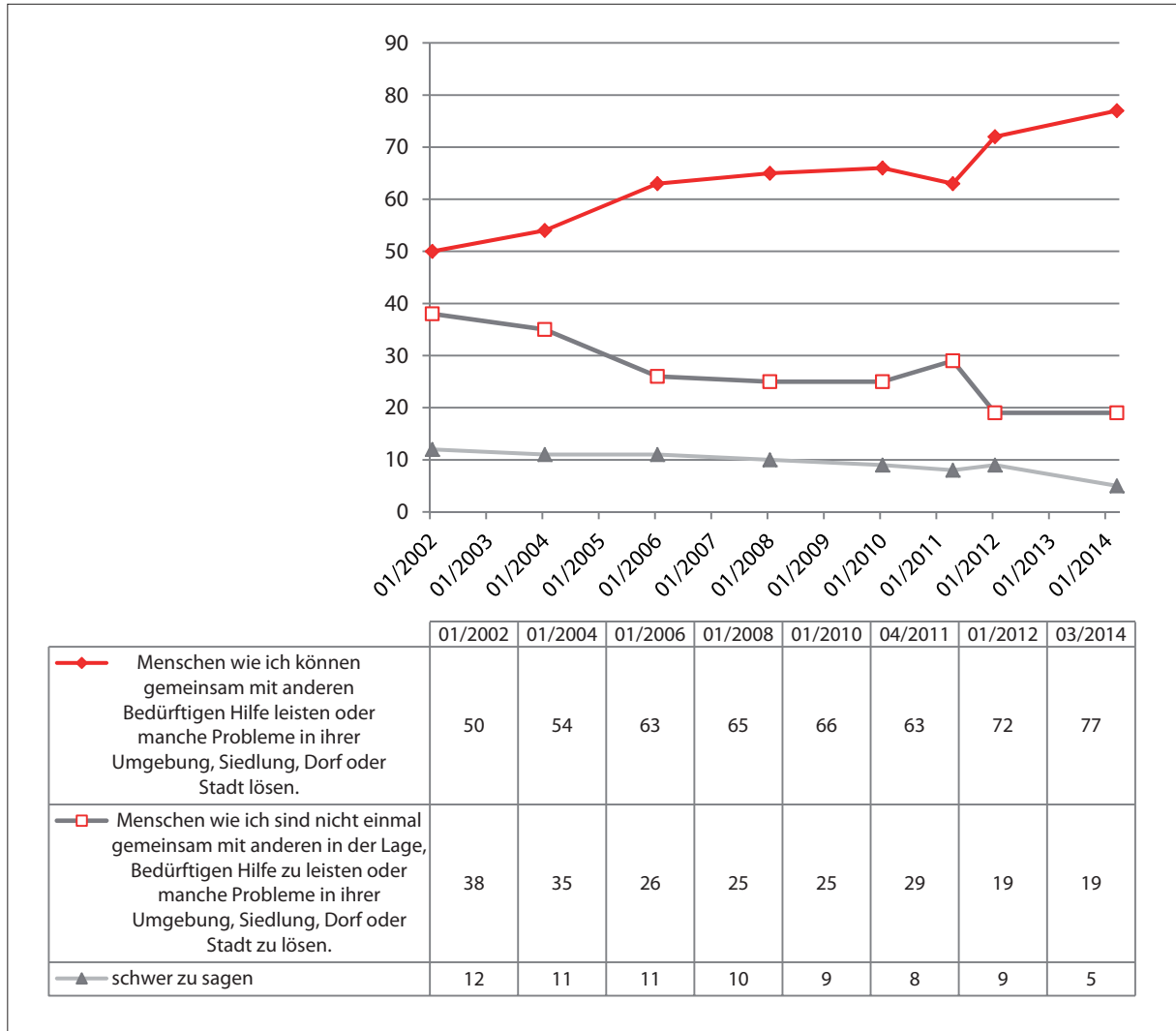
Quelle: CBOS BS/121/2013: Poczucie wpływu na sprawy publiczne [Das Gefühl von Einflussnahme auf öffentliche Angelegenheiten]. Warszawa 09/2013. <www.cbos.pl>

Grafik 6: Wer kümmert sich Ihrer Meinung nach am besten um die Interessen der Bürger, wie Sie es sind, in Ihrer Gemeinde/Stadt? (% , max. zwei Antworten)



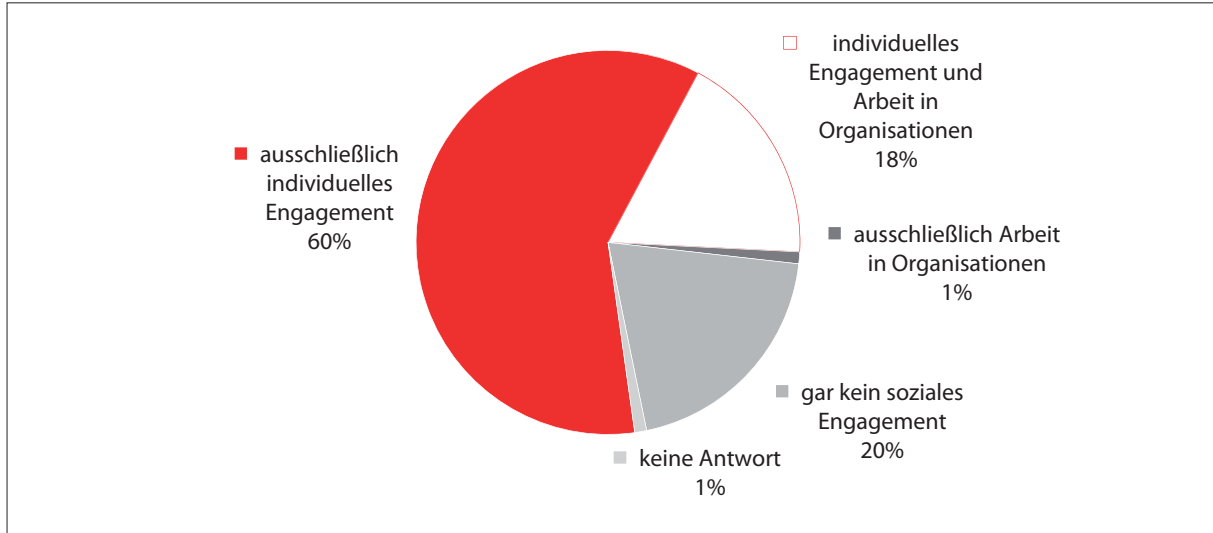
Quelle: CBOS BS/121/2013: *Poczucie wpływu na sprawy publiczne [Das Gefühl von Einflussnahme auf öffentliche Angelegenheiten].* Warszawa 09/2013. <www.cbos.pl>

Grafik 7: Welche der aufgeführten Meinungen liegt Ihnen näher? (%)



Quelle: CBOS Nr 60/2014: Aktywność społeczna Polaków [Die gesellschaftliche Aktivität der Polen]. Warszawa 05/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 8: Formen gesellschaftlicher Aktivität



Quelle: CBOS Nr 60/2014: *Aktywność społeczna Polaków [Die gesellschaftliche Aktivität der Polen]*. Warszawa 05/2014. <www.cbos.pl>

Strukturdaten von Stadt und Land im Vergleich

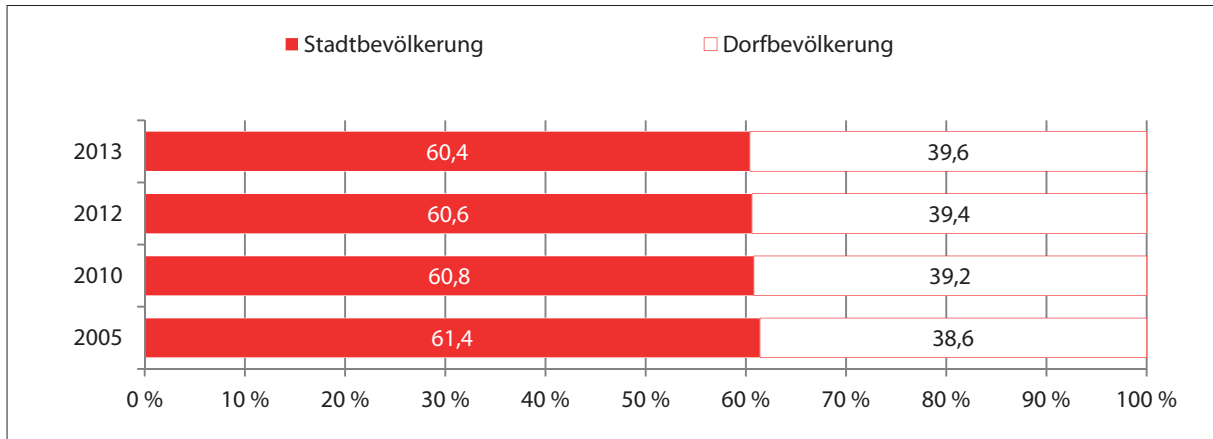
Tabelle 1: Anzahl der Städte und Dörfer nach Einwohnerzahl im Jahr 2013*

Städte insgesamt	908
200.000 Einwohner und mehr	16
100.000–199.999 Einwohner	23
50.000–99.999 Einwohner	48
20.000–49.999 Einwohner	135
10.000–19.999 Einwohner	187
5.000–9.999 Einwohner	181
unter 5.000 Einwohner	318
Ortschaften auf dem Land insgesamt	52.543
Dörfer	43.058
andere Ortschaften (Kolonien, Siedlungen)	9.485

*Stand: 31.12.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: *Mały Rocznik Statystyczny Polski 2014 [Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 2014]*. S. 123. <<http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/roczniki-statystyczne/roczniki-statystyczne/maly-rocznik-statystyczny-polski-2014,1,15.html>>

Grafik 9: Der Anteil der Stadt- und Landbevölkerung (%)*



Anm.: Landbevölkerung ist nicht gleich in der Landwirtschaft Beschäftigte.

*Stand: 31.12.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Mały Rocznik Statystyczny Polski 2014 [Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 2014]. Tabl. 3 (63). S. 116. <<http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/roczniki-statystyczne/roczniki-statystyczne/maly-rocznik-statystyczny-polski-2014,1,15.html>>

Tabelle 2: Die Altersstruktur der Stadt- und Landbevölkerung im Jahr 2013 (%)*

	Stadt	Dorf
0–2 Jahre	2,9	3,2
3–6 Jahre	4,1	4,7
7–12 Jahre	5,1	6,5
13–15 Jahre	2,6	3,6
16–19 Jahre	4,1	5,4
20–24 Jahre	6,4	7,6
25–29 Jahre	8,1	7,9
30–34 Jahre	8,7	7,8
35–39 Jahre	7,9	7,5
40–44 Jahre	6,4	6,7
45–49 Jahre	5,9	6,4
50–54 Jahre	6,9	6,9
55–59 Jahre	8,2	6,8
60–64 Jahre	7,4	5,7
65–69 Jahre	4,9	3,7
70–74 Jahre	3,5	2,9
75–79 Jahre	3,1	2,8
80–84 Jahre	2,3	2,2
85 Jahre und älter	1,6	1,6

Anm.: Landbevölkerung ist nicht gleich in der Landwirtschaft Beschäftigte.

*Stand: 30.06.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Mały Rocznik Statystyczny Polski 2014 [Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 2014]. Tabl. 4 (64). 116f. <<http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/roczniki-statystyczne/roczniki-statystyczne/maly-rocznik-statystyczny-polski-2014,1,15.html>>

Tabelle 3: Durchschnittliche Erwartung von Lebensjahren der Stadt- und Landbevölkerung nach Altersstufen (2013)

	0 Jahre	15 Jahre	30 Jahre	45 Jahre	60 Jahre
Stadt					
Männer	73,5	59,0	44,6	30,8	19,1
Frauen	81,1	66,6	51,8	37,3	23,9
Dorf					
Männer	72,4	58,0	43,7	30,0	18,2
Frauen	81,1	66,7	51,9	37,3	23,8

Anm.: Landbevölkerung ist nicht gleich in der Landwirtschaft Beschäftigte.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Mały Rocznik Statystyczny Polski 2014 [Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 2014]. Tabl. 19 (79): S. 132. <<http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/roczniki-statystyczne/roczniki-statystyczne/maly-rocznik-statystyczny-polski-2014,1,15.html>>

Tabelle 4: Die Bildungsstruktur der Stadt- und Landbevölkerung im Jahr 2011 (%)*

	Hochschulbildung	höhere Schulbildung	grundlegende Berufsausbildung	Sekundarstufe I	Grundschule
Stadtbevölkerung	21,4	35,3	18,6	4,3	13,7
Landbevölkerung	9,9	25,5	26,5	6,0	25,6

Anm.: Landbevölkerung ist nicht gleich in der Landwirtschaft Beschäftigte.

*Bevölkerung ab dem Alter von 13 Jahren

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Mały Rocznik Statystyczny Polski 2014 [Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 2014]. Tabl. 7 (67): S. 120. <<http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/roczniki-statystyczne/roczniki-statystyczne/maly-rocznik-statystyczny-polski-2014,1,15.html>>

Tabelle 5: Die Unterhaltsstruktur der Stadt- und Landbevölkerung im Jahr 2011 (%)

	Stadtbevölkerung	Landbevölkerung
Personen mit eigenem Unterhalt	67,3	62,2
Einkommen aus Erwerbstätigkeit	38,8	36,5
Unterhalt aus Nicht-Erwerbstätigkeit (Rente, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe etc.)	26,1	24,0
weitere Unterhaltsquellen	2,3	1,6
unterhaltene Personen	27,7	34,2
nicht ermittelte Unterhaltsquellen	5,0	3,6

Anm.: Landbevölkerung ist nicht gleich in der Landwirtschaft Beschäftigte.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Mały Rocznik Statystyczny Polski 2014 [Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 2014]. Tabl.8 (68): S. 121. <<http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/roczniki-statystyczne/roczniki-statystyczne/maly-rocznik-statystyczny-polski-2014,1,15.html>>

CHRONIK

17. Februar 2015 – 2. März 2015

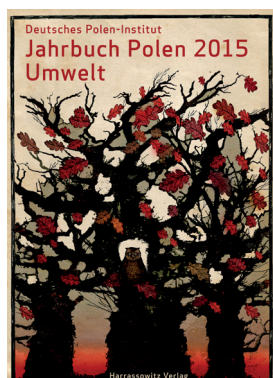
17.02.2015	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte weist den Einspruch Polens gegen das Urteil zur Mitverantwortung für die Folter von zwei Terrorverdächtigen in einem CIA-Gefängnis in Nordostpolen zurück. Das Gericht hatte Polen im Juli 2014 zur Zahlung von Entschädigungsleistungen verurteilt. Die Vorwürfe gegen Polen beziehen sich auf die Jahre 2002 und 2003.
18.02.2015	Außenminister Grzegorz Schetyna erklärt, dass Polen die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Vortag über die Mitverantwortung Polens für die Folterung von zwei Terrorverdächtigen durch den US-amerikanischen Geheimdienst auf polnischem Territorium akzeptiert. Polen muss nun Entschädigungsleistungen in Höhe von jeweils 100.000 Euro zahlen.
19.02.2015	Nach Schätzungen der Veranstalter demonstrieren in Warschau bis zu 10.000 Landwirte gegen die Agrarpolitik der Regierung. In mehreren Regionen kommt es zu Straßenblockaden. Die Landwirte werfen der Regierung vor, sie im Zusammenhang mit den Einfuhrverboten Russlands für Agrarprodukte nicht ausreichend zu unterstützen.
20.02.2015	Der Sejm lehnt die Korrekturen des Senats zum Gesetz über erneuerbare Energien mit 227 zu 200 Stimmen (bei neun Enthaltungen) ab. Das bedeutet, dass die Regelung bestehen bleibt, nach der von Privathaushalten erzeugter Strom zu einem garantierten Preis, der höher als der Marktpreis ist, abgenommen wird. Die Regierung befürchtet nun einen enormen Anstieg privat erzeugter Energien und damit verbundene zusätzliche Kosten.
21.02.2015	Die stellvertretende Sejmarschallin Wanda Nowicka (parteilos) wird von der Arbeitsunion (Unia Pracy) zur Kandidatin für die Präsidentschaftswahlen am 10. Mai bestimmt. Sie appelliert an das linke politische Spektrum, ein parteiübergreifendes, neues linkes Projekt zu entwickeln. Nowicka rechnet mit Unterstützung sowohl aus linken als auch feministischen Kreisen.
22.02.2015	Staatspräsident Bronisław Komorowski nimmt in Kiew (Ukraine) am Gedenkmarsch aus Anlass des ersten Jahrestages der Bürgerproteste und ihrer Todesopfer auf dem Majdan teil, in deren Folge der damalige Staatspräsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, nach Russland geflohen war. In einem Fernsehinterview sagt Komorowski, dass Polen den Vorschlag der Ukraine unterstützt, ein Kontingent der Vereinten Nationen in die Ostukraine zu entsenden, das die Einhaltung des Friedenabkommens von Minsk im Konflikt zwischen ukrainischer Armee und prussischen Separatisten beobachten soll.
23.02.2015	Tomasz Nałęcz, Berater von Staatspräsident Bronisław Komorowski, bestätigt, dass Komorowski eine Einladung zur Feier des 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges in Moskau erhalten hat, die jedoch unbeantwortet geblieben sei. Angesichts der russischen militärischen Aggressionen gegenüber der Ukraine sei es schwer vorstellbar, dass europäische Spitzenpolitiker an der Militärparade am 9. Mai in Moskau teilnehmen, erklärt Nałęcz.
24.02.2015	Schatzminister Włodzimierz Karpiński kündigt in einem Radiointerview an, dass die Regierung ein Gesetz vorbereitet, das für den Verkauf polnischer Unternehmen an ausländische Investoren die Zustimmung des Schatzministers erforderlich macht, wenn es sich um Firmen der Branchen Rüstung, Energie, Chemie und Bergbau handelt.
25.02.2015	Nach Schätzungen der Bank PKO BP wird das Defizit des öffentlichen Haushalts im Jahr 2015 3,4 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Diese Prognose widerspricht derjenigen des Finanzministeriums, die von einer Reduzierung des Defizits auf unter 3 % des BIP ausgeht, was den Vorgaben der EU entspräche.
26.02.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz stellt auf einer Pressekonferenz das Investitionsprogramm für die 82,5 Mrd. Euro vor, die Polen für den Zeitraum von 2014 bis 2020 aus dem EU-Budget erhält (2007–2013: zirka 68 Mrd. Euro). Zirka 40 Mrd. Euro sollen der Wissenschaft zugutekommen, 20 Mrd. Euro werden in die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen investiert. Weitere Investitionsschwerpunkte sind der öffentliche Personennahverkehr in den Städten, der Straßenbau und die Digitalisierung des Landes. Fast die Hälfte der Mittel soll auf der Ebene der Selbstverwaltungsorgane verteilt werden. Insgesamt sollen 500.000 neue Arbeitsplätze, insbesondere für Berufsanfänger, geschaffen werden.
27.02.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz besucht in Rybaki (Woiwodschaft Ermland-Masuren) eine Gruppe Ukrainer polnischer Abstammung, die aufgrund des russisch-ukrainischen Konflikts in der Ostukraine im Januar mit Hilfe der polnischen Behörden aus der Donbas-Region nach Polen evakuiert worden ist. Die zirka 180 Personen können bis Juli in Rybaki bleiben und haben anschließend die Möglichkeit, selbst einen Wohnort in Polen zu wählen.
28.02.2015	Nach der Ermordung des russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzow in Moskau am Vortag äußert sich Staatspräsident Bronisław Komorowski tief beunruhigt und hofft, dass die Motive und Umstände der Tat aufgeklärt würden.
02.03.2015	Außenminister Grzegorz Schetyna begibt sich mit seinem dänischen Amtskollegen Martin Lidegaard nach Kiew (Ukraine) und Chişinău (Republik Moldau). Dort sollen Gespräche über die Umsetzung der Assoziierungsabkommen mit der EU und die Vorbereitungen des für Mai geplanten Gipfels der Östlichen Partnerschaft in Riga (Lettland) geführt werden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

LESEHINWEIS

Jahrbuch Polen 2015 Umwelt

Herausgegeben vom
Deutschen Polen-Institut
Darmstadt, Wiesbaden 2015
216 Seiten,
Preis € 11,80
(€ 9,- im Abonnement)
ISBN 978-447-10342-8



Polen wird »grün«: Die Vorboten der neuen Entwicklung sind überall im Lande zu sehen: Windkraftparks und Solaranlagen prägen immer mehr die beschauliche polnische Landschaft und in den Städten wachsen Null-Emissionshäuser wie Pilze aus dem Boden, Hybridfahrzeuge erobern die Straßen, selbst der Müll wird neuerdings getrennt gesammelt und dem Stoffkreislauf wieder zugeführt. Die umweltpolitischen Erfolge seit 1990, etwa bei der Reduktion des CO₂-Ausstoßes und anderer Klimagase, gehen auf die Transformation, Privatisierung und Schließung vieler »Umweltschleudern« zurück. Dieses Potenzial ist heute ausgeschöpft und Polens moderne Industrieanlagen – Grundlage des spektakulären Wirtschaftsbooms der letzten Jahre – lassen den Energiebedarf wieder steigen. Bei dem gegenwärtigen Energiemix sind so keine Einsparpotenziale mehr möglich, es sei denn, die Politik setzt sich neue Ziele und betrachtet die Förderung der erneuerbaren Energien als nicht weniger »patriotisch« als die heimische Kohle.

Das aktuelle Jahrbuch Polen 2015 geht auf die umwelt- und energiepolitischen Diskurse in unserem Nachbarland ein und lässt viele an der Diskussion beteiligten Akteure zu Wort kommen. Der Leser überzeugt sich schnell, dass sich die polnische Umwelt-Debatte keinesfalls vor den globalen Herausforderungen drückt. Im Gegenteil: Man kann in Polen zu allen dringenden Fragen differenzierte, kompetente und zugleich leidenschaftliche Stellungnahmen vorfinden. So deckt das Jahrbuch ein breites Spektrum der Stimmen ab, die sich ernsthaft mit Polens umwelt- und energiepolitischen Interessen, aber auch mit der Verantwortung des Landes im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit auseinandersetzen.

Zu den Autoren des Jahrbuchs gehören u.a. Michał Olszewski, Edwin Bendyk, Witold Gadomski, Dagmar Dehmer, Friedemann Kohler, Adam Ostolski, Eva-Maria Stolberg. Im Literaturteil Texte von Anna Nasiłowska, Michał Głowiński und Michał Olszewski. Die Grafiken besorgte Ryszard Kaja.

INHALT

	Essays
Edwin Bendyk:	Ein grünes Polen in einer globalisierten Welt
Witold Gadomski:	Der Markt sorgt für Umweltschutz
Dagmar Dehmer:	Polens Klima- und Energiepolitik: Ein Blick nach außen
Friedemann Kohler:	Der Traum vom polnischen Atom
Adrian Stadnicki / Julian Mrowinski:	Anatomie eines Umweltprotestes. Bürgerinitiativen gegen die Schiefergasförderung in Polen am Fallbeispiel Żurawłów
Michał Olszewski:	Ökologie und Gerechtigkeit: ein schwieriges Verhältnis Die Moral des T-Shirts. Grzegorz Sroczynski im Gespräch mit Jonas Fuz
Gabriele Lesser:	Grüne Stadtbewegungen in Polen
Marcin Wiatr:	Die g(b)lühenden Landschaften Oberschlesiens
Markus Krzoska:	Naturschutz in Polen seit der Frühen Neuzeit. Das Beispiel des Białowieża-Urwalds Auch die Rospuda. Michał Olszewski im Gespräch mit Pater Stanisław Jaromi
Eva-Maria Stolberg:	Wald und Baum – Bio- und Soziotop. Zum Naturverständnis von Polen in Geschichte und Gegenwart
Justyna Kowalska-Leder:	Schreibergärten Warum töten Männer? Zenon Kruczyński im Gespräch mit Wojciech Eichelberger
	Literatur
Anna Nasiłowska:	Gedichte
Michał Olszewski:	Lowtech
Michał Głowiński:	Die Geschichte einer Pappel

Bestellung:

<verlag@harrassowitz.de>

oder

<kaluza@dpi-da.de>

<www.deutsches-polen-institut.de>

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 64.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2015 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen